

Beschlüsse des Studierendenparlaments der Universität Potsdam vom 24.04.2007

Da die Politische Bildung und der Meinungs austausch direkte Aufgabe der verfassten Studierendenschaft ist, unterstützt die Studierendenschaft der Universität Potsdam die Aktion „Alles nur Zirkus“ und die darin stattfindenden Seminare der Alternativ-Uni mit 1000€ Diese werden vom 24. 05. 07 bis 30. 05. 07 in einem extra für die Diskussion angemieteten Zirkuszelt auf dem Neuen Potsdamer Lustgarten stattfinden.

Die Gelder sollen vor allem für Auslagen für ReferentInnen, deren Reisekosten, die technische Ausstattung des Zeltes und studentische Diskussions- und Kulturveranstaltungen in dem Gesamtprojekt verwendet werden.

Fahrradmitnahme im Semesterticket vollständig erhalten!

Nach hinreichend geführten Debatten innerhalb der Studierendenschaft fordert das Studierendenparlament alle am Semesterticket beteiligten Parteien sowie die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg auf, sich für den Erhalt der Fahrradmitnahme in der jetzigen Form einzusetzen.

Ziel eines jeden Semestertickets ist die umweltbewusste und preisgünstige Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel durch Studierende zu ermöglichen und zu unterstützen. Die Streichung der Fahrradmitnahme im RE 1 stände diesem grundsätzlichen Ziel diametral entgegen.

Das Studierendenparlament unterstützt nachdrücklich jegliche Aktivitäten des AStA, die dazu geeignet sind, die Fortführung des Semesterticket-Vertrages juristisch abzusichern, gleichzeitig aber der Wichtigkeit der Fahrradmitnahme Ausdruck zu verleihen.

Der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) und insbesondere die DB Regio AG drängen in den laufenden Semesterticketverhandlungen mit den Potsdamer Hochschulen auf die Streichung der Fahrradmitnahme in den Zügen der Regionalexpress-Linie 1 (RE 1). In der Antwort auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Jutta Matuschek (DIE LINKE) im Berliner Abgeordnetenhaus¹ werden die Gründe seitens des VBB für dieses Verhalten offenkundig: Der RE 1 befördert in der Richtung Berlin Zoologischer Garten – Potsdam Hauptbahnhof rund 17.000 Fahrgäste und rund 700 Fahrräder. In den Spitzenzeiten (zwischen 6.30 und 8.30 Uhr sowie 16.00 und 18.00 Uhr) fahren die Züge dieser Linie mit einer Auslastung von 110 Prozent.

Dass also die Studierenden der Potsdamer Hochschulen hier die Überlastung der Züge der Regionalexpress-Linie 1 verursachen, wie es der VBB in der Antwort auf die genannte Kleine Anfrage zumindest indirekt behauptet, weist das Studierendenparlament zurück.

Die Streichung der Fahrradmitnahme im Regionalexpress der Linie 1 – der Lebensader für Studierende der Potsdamer Hochschulen – ist nicht geeignet, die bestehenden Überlastungen des RE 1 in den Spitzenzeiten abzubauen. Vielmehr wird insbesondere den in Berlin wohnenden Studierenden die Möglichkeit genommen, sich zwischen den einzelnen Standorten der Universität ökologisch und gesund zu bewegen.

Des Weiteren befürchtet das Studierendenparlament durch den Wegfall der Fahrradmitnahme im

RE 1 eine zusätzliche Belastung für bestimmte Buslinien. Hierbei sind insbesondere die Linien 605 und 606 zu nennen. Viele Studierende werden auf den ÖPNV umsteigen, wenn sie ihr Fahrrad nicht unentgeltlich im RE 1 mitnehmen können – der Umstieg in die S-Bahn-Linie S7 ist angesichts der entstehenden Fahrzeitverlängerung unzumutbar.

Der VBB sowie die Landesregierungen von Berlin und Brandenburg werden aufgefordert, die Überlastung bestimmter Züge der Regionalexpress-Linie 1 mit geeigneten Mitteln zu beseitigen. Sollte das Raumangebot in den Zügen für Fahrräder entgegen der bisherigen Annahmen nicht ausreichen, ist hier eine Vergrößerung von Fahrradabteilen zu prüfen.

Sollte der VBB an der Streichung der Fahrradmitnahme im RE 1 festhalten, fordert das Studierendenparlament den VBB zur Nachbesserung seines Angebotes auf. Durch Wegfall der Fahrradmitnahme würden auf Studierende, welche weiterhin die Fahrradmitnahme im RE 1 nutzen möchten, erhebliche Zusatzkosten zukommen. Dieser Umstand kann seitens der Studierenden nicht mit einer Steigerung des Semesterticketpreises honoriert werden.

Die Studierendenschaft der Universität Potsdam stimmt dem Abschluss von Kooperationsvereinbarungen des AStA der Universität Potsdam mit dem AStA der Fachhochschule Potsdam, dem Mieterverein Potsdam und Umgebung e. V. und der Verbraucherzentrale Brandenburg e. V. (Geschäftsstelle Potsdam) zu.

Die Vereinbarungen bestimmen

- im Fall des Mietervereins das Angebot einer für Studierende kostenlosen mietrechtlichen Erstberatung durch BeraterInnen des Mietervereins bis auf anderweitige Vereinbarung im Rahmen seiner bislang nur für Vereinsmitglieder offenen Sprechstunde gegen €40,- brutto pro Beratungsstunde,

- im Fall der Verbraucherzentrale das Angebot einer für Studierende kostenlosen Erstberatung zu Verbraucherrecht, Versicherungen und Ernährung gegen bis zu €15,- pro Beratung,

- im Fall der FHP eine Öffnung der Bafög- und Sozialberatung des AStA UP, der Rechtserstberatung durch RechtsanwältInnen im Auftrag des AStA UP, der Beratungen des AStA UP in Kooperation mit dem Mieterverein (vorbehaltlich dessen Zustimmung) und der Verbraucherzentrale (vorbehaltlich deren Zustimmung) für Studierende auch der FHP gegen Erstattung der Hälfte des rechnerischen Anteils an den Gesamtkosten dieser Beratungen gemessen an den Studierendenzahlen.

Die Kosten des Mietervereins und der Verbraucherzentrale werden für das SS 2007 mit je €750,- budgetiert.

Für die Rechtseingangsberatung durch RechtsanwältInnen im Auftrag des AStA UP werden für das SS 2007 bis zu €1500,- bewilligt.

Die Mehrbelastung des Titels 425 10 (Honorar- und Werkverträge) im laufenden Jahreshaushalt in Höhe von €750,- wird durch Reduzierung des Titels 531 01 (Veröffentlichungen) ausgeglichen.

Das Studierendenparlament beauftragt die jeweils amtierenden Referenten für Sozialpolitik bzw. Finanzen, rechtzeitig vor Beginn von Haushaltsberatungen mit den Vertragspartnern über die Entwicklung der Nachfrage zu sprechen und daraus Vorschläge für den Haushalt zu entwickeln.